Geschäftsverteilungsplan für das Geschäftsjahr 2025 richterliche Geschäftsaufgaben

Stand: 15.05.2025

Leitung des Gerichts

Direktorin des Amtsgerichts Serini
Richter am Amtsgericht als ständiger Vertreter der Direktorin Stadt

Präsidium am 01.01.2025

Direktorin des Amtsgerichts Serini – Vorsitzende –
Richterin am Amtsgericht Kirschstein-Freund
Richterin am Amtsgericht Mamisch
Richterin am Amtsgericht Jacoby
Richterin am Amtsgericht Zollner

Präsidium ab 16.04.2025

Direktorin des Amtsgerichts Serini – Vorsitzende –
Richter am Amtsgericht als ständiger Vertreter der Direktorin Stadt
Richterin am Amtsgericht Kirschstein-Freund
Richterin am Amtsgericht Mamisch
Richterin am Amtsgericht Zollner

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf eine geschlechtsneutrale Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Das Präsidium des Amtsgerichts hat am 17.12.2024 für das Geschäftsjahr 2025 nachfolgende Geschäftsverteilung beschlossen. Aufgrund personeller Veränderungen wurde die Geschäftsverteilung mit Beschlüssen vom 24.01.2025 und 13.05.2025 geändert.

Erster Abschnitt

I. Direktorin des Amtsgerichts Serini

(90001) Betreuungs- und Unterbringungssachen gemäß Buch 3. FamFG, soweit der gewöhnliche Aufenthalt des / der Betroffenen in Icking, Wolfratshausen, Münsing, Egling oder in Geretsried liegt mit Ausnahme der Einrichtungen:

- St. Ursula, Sudetenstraße 5, 82538 Geretsried
- Paul-Lincke-Weg 14-16, 82538 Geretsried
- Verein Freunde psychisch Behinderter, Blumenstraße 23, 82538 Geretsried
- Caritas Altenheim St. Hedwig, Adalbert-Stifter-Straße 56, 82538 Geretsried
- Förderstätte am WünschelWald, Gustav-Adolf-Straße 20, 82538 Geretsried
- Wohnheim der Lebenshilfe, Sudetenstraße 2C, 82538 Geretsried
- Wohnheim der Lebenshilfe, Alpenstraße 41, 82538 Geretsried
- Senioren-WG Farbenfroh, Breslauer Weg 32-34, 82538 Geretsried

Richterliche Entscheidungen nach dem PAG für Betroffene, deren Familienname mit den Buchstaben M-Z beginnt

Freiheitsentziehungssachen gemäß Buch 7 FamFG für Betroffene, deren Familienname mit den Buchstaben M-Z beginnt.

Grundbuchsachen

Richterliche Aufgaben nach dem Beratungshilfegesetz

Vertreter:

In Grundbuchsachen: Richter am Amtsgericht Stadt als ständiger Vertreter der Direktorin

In Beratungshilfesachen: Richterin am Amtsgericht Mamisch

Im Übrigen: Richter am Amtsgericht Jokisch
Im Falle von dessen Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Hagenfeldt

II. Richter am Amtsgericht Stadt als ständiger Vertreter der Direktorin

(10003) Familiensachen gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt B beschriebenen Turnus 3 F

Nachlasssachen mit den Endziffern 0-4

Vertreter:

In Familiensachen: Richterin am Amtsgericht Wimmer
Im Fall von deren Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Bruckmaier
Im Fall von deren Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Mamisch

In Nachlasssachen: Richterin am Amtsgericht Zollner
Im Fall von deren Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Wimmer

III. Richter am Amtsgericht Berger

(10001)	Erwachsenen-Strafsachen	2 Cs
	ohne Bußgeldverfahren und ohne Ermittlungsrichtersachen	2 Ds
	Privatklageverfahren	2 Gs
	Buchstabe A-Z	2 BS
(30002)	Vorsitzender des Schöffengerichts für Erwachsene Buchstaben A-Z	2 Ls
(40001)	Vorsitzender des erweiterten Schöffengerichts für Erwachsene Buchstaben A-Z	2 Ls
(10005)	Alle Fälle des beschleunigten Verfahrens gemäß § 417 StPO für Erwachsene	2 Ds
	Verfahren nach § 9 StrEG	

Vertreter:

Richterin am Amtsgericht Kirschstein-Freund

Im Fall von deren Verhinderung: der jeweils diensthabende Bereitschaftsrichter gemäß
Anlage 1 zum Geschäftsverteilungsplan

IV. Richterin am Amtsgericht Hagenfeldt

(60011)	Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten sowie einstweilige Verfügungs- und Arrestsachen gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt A Ziffer 1 und Ziffer 7 beschriebenen Turnus	1 C
	Selbständige Beweisverfahren außerhalb eines anhängigen Verfahrens gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt A Ziffer 2 beschriebenen Turnus	1 H
	Rechtsstreitigkeiten soweit sie Schadensersatzansprüche aus Straßenverkehrsunfällen betreffen gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt A Ziffer 3 beschriebenen Turnus	1 C
	WEG-Verfahren gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt A Ziffer 3 beschriebenen Turnus	1 C
	Rechtshilfe in Zivilsachen gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt A Ziffer 4 beschriebenen Turnus	1 AR
	Zwangsvollstreckung in das bewegliche und unbewegliche Vermögen gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt A Ziffer 5 beschriebenen Turnus; bei Rechtsbehelfen gegen Entscheidungen des Rechtspflegers in Zwangsvollstreckungssachen, bei denen keine Eintragung gemäß Turnus erfolgt, für die Endziffern 5-9	1 M 1 K
	Entscheidungen nach §§ 758, 761 ZPO in dem vorbezeichneten Umfang	1 M 1 K

Vertreter:

Direktorin des Amtsgerichts Serini

In Zwangsvollstreckungssachen ist weitere Vertreterin Richterin am Amtsgericht Kirschstein-Freund. Wiederum weitere Vertreterin ist Richterin am Amtsgericht Schneider

V. Richter am Amtsgericht Hlawatsch

(60002 60015)	Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten sowie einstweilige Verfügungs- und Arrestsachen gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt A Ziffer 1 und Ziffer 7 beschriebenen Turnus	8 C 5 C
	Selbständige Beweisverfahren außerhalb eines anhängigen Verfahrens gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt A Ziffer 2 beschriebenen Turnus	8 H 5 H
	Rechtsstreitigkeiten soweit sie Schadensersatzansprüche aus Straßenverkehrsunfällen betreffen gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt A Ziffer 3 beschriebenen Turnus	8 C 5 C
	WEG-Verfahren gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt A Ziffer 4 beschriebenen Turnus	8 C 5 C
	Rechtshilfe in Zivilsachen gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt A Ziffer 4 beschriebenen Turnus	8 AR 5 AR
	Zwangsvollstreckung in das bewegliche und unbewegliche Vermögen gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt A Ziffer 5 beschriebenen Turnus; bei Rechtsbehelfen gegen Entscheidungen des Rechtspflegers in Zwangsvollstreckungssachen, bei denen keine Eintragung gemäß Turnus erfolgt, für die Endziffern 0-4	3 M 2 K
	Entscheidungen nach §§ 758, 761 ZPO in dem vorbezeichneten Umfang	3 M 2 K

Vertreter:

Richterin am Amtsgericht Hagenfeldt
Im Falle von deren Verhinderung: Richter am Amtsgericht Jokisch

In Zwangsvollstreckungssachen ist weitere Vertreterin Richterin am Amtsgericht Kirschstein-Freund.

Im Fall von deren Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Huber

VI. Richterin am Amtsgericht Huber

(90014) Teilnahme am Bereitschaftsdienst nach Maßgabe des Dritten Abschnitts sowie
(10014) des Geschäftsverteilungsplans des Landgerichts München II
(60024)

VII. Richterin am Amtsgericht Bruckmaier

(10001)	Familiensachen gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt B beschriebenen Turnus	1 F 2 F
(60014 10008)	Güterichterin in Nachlass- und Familiensachen	
(20003	Bußgeldverfahren gegen Erwachsene	3 OWi
60002)	Bußgeldverfahren gegen Heranwachsende, soweit sie Verstöße im ruhenden und fließenden Straßenverkehr	3 OWi
(20008) (60008)	Erzwingungshafthsachen gegen Erwachsene, Jugendliche und Heranwachsende	8 OWi
	Ermittlungsrichterliche Tätigkeit in Bußgeldverfahren gegen Erwachsene und in Bußgeldverfahren gegen Heranwachsende, soweit sie Verstöße im ruhenden und fließenden Straßenverkehr	
(60010)	Insolvenzsachen soweit der Familien- oder Unternehmensname des Schuldners mit L-Z beginnt	

Vertreter:

In Familiensachen:	Richterin am Amtsgericht Mamisch Im Falle von deren Verhinderung: Richter am Amtsgericht Stadt als ständiger Vertreter der Direktorin Im Falle von dessen Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Wimmer
In Bußgeld- und Ermittlungsrichtersachen:	Richterin am Amtsgericht Mamisch Im Falle von deren Verhinderung: Richter am Amtsgericht Berger
In Erzwingungshafthsachen:	Richterin am Amtsgericht Mamisch Im Falle von deren Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Wimmer
In Insolvenzsachen:	Richterin am Amtsgericht Mamisch Im Falle von deren Verhinderung: Direktorin des Amtsgerichts Serini

VIII. Richter am Amtsgericht Jokisch

(90002) Alle nicht anderweitig verteilten Betreuungs- und Unterbringungssachen gemäß Buch 3. FamFG

Richterliche Entscheidungen nach dem PAG für Betroffene, deren Familienname mit dem Buchstaben A-L beginnt

Freiheitsentziehungssachen gemäß Buch 7 FamFG für Betroffene, deren Familienname mit den Buchstaben A-L beginnt.

Vertreter:

In allen Geschäftsaufgaben: Richter am Amtsgericht Hlawatsch

Im Falle von dessen Verhinderung: Direktorin des Amtsgerichts Serini

IX. Richterin am Amtsgericht Kirschstein-Freund

(70002)	Jugendschöffensachen, Vollstreckungssachen, soweit sie Vollstreckungsurteile des Jugendschöffengerichts oder einer Jugendkammer in 1. Instanz betrifft	5 Ls
(50001)	Jugendgerichtssachen	1 Cs 1 Ds
	Ermittlungsrichtersachen Jugendlicher und Heranwachsender sowie Jugendschutzsachen	1 Gs
	Ermittlungsrichtersachen der Erwachsenen sowie Fälle, in denen es keinen Beschuldigten gibt und es sich nicht um eine Jugendsache handelt	3 Gs
(60001)	Bußgeldsachen Jugendlicher und Heranwachsender mit Ausnahme von Bußgeldsachen gegen Heranwachsende, die Verstöße im ruhenden und fließenden Straßenverkehr	1 OWi
(10009) (90009) (60019)	Teilnahme am Bereitschaftsdienst nach Maßgabe des Dritten Abschnitts sowie des Geschäftsverteilungsplans des Landgerichts München II	
	Alle nicht anderweitig verteilten richterlichen Aufgaben mit Ausnahme der Verfahren nach § 9 StrEG.	

Vertreter:

In Jugendstrafsachen: Richter am Amtsgericht Berger
Im Fall von dessen Verhinderung: der jeweils diensthabende Bereitschaftsrichter gemäß Anlage 1 zum Geschäftsverteilungsplan

X. Richterin am Amtsgericht Mamisch

(10004)	Familiensachen gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt B beschriebenen Turnus	4 F
(60013 60012)	Güterichterin in Familien- und Zivilsachen	
(20004)	Bußgeldverfahren gegen Erwachsene	4 OWi
(60004)	Bußgeldverfahren gegen Heranwachsende, soweit sie Verstöße im ruhenden und fließenden Straßenverkehr	4 OWi
(20007) (60007)	Erzwingungshafthsachen gegen Erwachsene, Jugendliche und Heranwachsende	7 OWi

Ermittlungsrichterliche Tätigkeit in Bußgeldverfahren gegen Erwachsene und in Bußgeldverfahren gegen Heranwachsende, soweit sie Verstöße im ruhenden und fließenden Straßenverkehr

(60010) Insolvenzsachen soweit der Familien- oder Unternehmensname des Schuldners mit A-K beginnt

Vertreter:

In Familiensachen: Richterin am Amtsgericht Bruckmaier
 Im Fall von deren Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Wimmer
 Im Fall von deren Verhinderung: Richter am Amtsgericht Stadt als ständiger Vertreter der Direktorin

In Bußgeld- und Ermittlungsrichtersachen: Richterin am Amtsgericht Bruckmaier
 Im Falle von deren Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Zollner

In Erzwingungshafthsachen: Richterin am Amtsgericht Bruckmaier
 Im Falle von deren Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Wimmer

In Insolvenzsachen: Richterin am Amtsgericht Bruckmaier
 Im Falle von deren Verhinderung: Direktorin des Amtsgerichts Serini

XI. Richterin am Amtsgericht Schneider

- (90013)** Teilnahme am Bereitschaftsdienst nach Maßgabe des Dritten
- (10013)** Abschnitts sowie des Geschäftsverteilungsplans des Landgerichts
- (60023)** München II

XII. Richterin am Amtsgericht Wimmer

(10005) Familiensachen gemäß dem im Zweiten Abschnitt unter Punkt B 5 F
beschriebenen Turnus

Vertreter:

In Familiensachen: Richter am Amtsgericht Stadt als ständiger Vertreter der Direktorin
Im Fall von dessen Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Mamisch
Im Fall von deren Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Bruckmaier

XIII. Richterin am Amtsgericht Zollner

(10010) Teilnahme am Bereitschaftsdienst nach Maßgabe des Dritten
(90010) Abschnitts sowie des Geschäftsverteilungsplans des Landgerichts
(60020) München II

(60017) Güterichterin in Zivil- und Nachlasssachen

Nachlasssachen mit den Endziffern 5-9

Vertreter:

In Nachlasssachen: Richter am Amtsgericht Stadt als ständiger Vertreter der Direktorin
Im Fall von dessen Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Wimmer

Zweiter Abschnitt

A) Turnusregelung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten:

1. Die Eingänge, die bürgerliche Rechtsstreitigkeiten einschließlich einstweilige Verfügungs- und Arrestsachen betreffen, werden im Turnus in sich regelmäßig wiederholender Weise nach den Ordnungszahlen der C-Referate, beginnend mit der niedrigsten Ordnungszahl verteilt.

Die in das Zivilprozessregister einzutragenden Papier- und Fax-Eingänge sowie die Abgaben und Verweisungen innerhalb des Amtsgerichts Wolfratshausen werden in der Einlaufstelle zusammengefasst und mit einer fortlaufenden Nummer (Eingangszahl) versehen.

Elektronische Eingänge werden in der zeitlichen Reihenfolge ihres Eingangs in der Eingangslistenapplikation (ELA) entsprechend behandelt.

Die Vergabe der Eingangszahlen (Verarbeitungsvorgang) in der Einlaufstelle erfolgt am Folgetag für die am Vortrag eingegangenen Eingänge wobei zunächst die Papier- und Faxeingänge und sodann die elektronischen Eingänge verarbeitet werden.

Die Eingangszahl wird über beide Eingangsarten weitergeführt.

Sie beginnt am Anfang eines jeden Jahres neu, ohne Rücksicht auf den Tag des Eingangsstempels des Amtsgerichts Wolfratshausen. Bei zeitgleich eingehenden Neueingängen (derselbe Tag bei Papier- und Faxeingängen) werden die Verfahren nach dem Anfangsbuchstaben der beklagten Partei in alphabetischer Reihenfolge nummeriert. Punkt E Ziffer 2 am Ende gilt entsprechend. Ausgenommen sind Anträge auf Erlass einer Einstweiligen Verfügung sowie auf Erlass eines Arrests. Diese sind sofort zu nummerieren und zur Eintragung vorzulegen. Gehen mehrere Anträge auf Erlass einer Einstweiligen Verfügung oder eines Arrests gleichzeitig ein, gilt vorstehende Regelung entsprechend.

Ein Mahnverfahren, das nach den §§ 696, 700 Abs. 3 ZPO abgegeben wurde, gilt für den Turnus stets als ein Verfahren, auch wenn es sich gegen mehrere Gesamtschuldner richtet und/oder zeitlich gestaffelt (auch bei Teilbeträgen) abgegeben wurde, ohne Rücksicht auf den Stand sämtlicher Verfahren und ohne Anrechnung auf den Turnus

Sodann werden die Vorgänge nach der Eingangszahl auf die einzelnen Richterreferate verteilt.

Die Richterreferate nehmen am Turnus für die Eingänge in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten wie folgt teil:

60011 (= 1 C)	2
60015 (= 5 C)	2
60002 (= 8 C)	2

Danach beginnt der Turnus wieder von vorne.

Der Turnus soll im Folgejahr fortlaufen.

Eine fehlerhafte Verteilung infolge Irrtums oder eines sonstigen versehentlichen Verstoßes gegen getroffene Verteilungsgrundsätze lässt die Turnuszuweisung anderer Verfahren unberührt.

Im Übrigen gelten für die Anrechnung auf den Turnus folgende Regelungen:

- a. Dasjenige Richterreferat, in dem eine Sache abschließend erledigt wurde, bleibt für deren weitere Bearbeitung (z.B. Verfahren nach §§ 731, 887, 888 ZPO etc.) ohne Anrechnung auf den Turnus zuständig.
- b. Nach Abtrennung der Klage, Widerklage oder von Teilen hiervon bleibt das zunächst befassende Richterreferat zuständig. Eine Anrechnung des abgetrennten Gegenstands auf den Turnus erfolgt nicht.
- c. Nach Anträgen auf Prozesskostenhilfe erhobene Klagen oder verfahrenseinleitende Anträge eines der Beteiligten werden ohne Anrechnung auf den Turnus von dem Richterreferat behandelt, das mit dem Prozesskostenhilfeantrag befasst war oder ist.
- d. Die Zuständigkeit für einen Urkunden-, Scheck- oder Wechselprozess begründet auch die Zuständigkeit für das jeweilige Nachverfahren, das im Turnus nicht erfasst wird. Dies gilt entsprechend für das weitere Verfahren nach einem Grundurteil, nach einem sonstigen Vorbehaltsurteil, nach einem gerichtlichen Vergleich u. a.
- e. Hauptinterventionen (§ 64 ZPO) gehören ohne Anrechnung auf den Turnus in dasjenige Richterreferat, bei welchem der Hauptprozess anhängig ist bzw. welches den Arrest oder die einstweilige Verfügung erlassen hat.
- f. Nach Rückkunft der Akten von Rechtsmittelgerichten, nach Ablehnung der Verfahrensübernahme durch ein anderes Gericht, nach erneuter Verweisung an das Amtsgericht Wolfratshausen, bei Neuaufnahme einer Sache, die nach der Aktenordnung weggelegt war, oder für Folgeentscheidungen in einer weggelegten Sache ist das früher mit der Sache gefasst gewesene Richterreferat zur weiteren Behandlung ohne Anrechnung auf den Turnus zuständig, soweit es diese Geschäftsaufgabe nach dem aktuellen Geschäftsverteilungsplan betreut, ansonsten ist das Referat zuständig, das nach dem aktuellen Geschäftsverteilungsplan zuständig ist.
- g. Wird nach vorangegangenem Antrag auf Erlass eines Arrests oder einer einstweiligen Verfügung die Hauptsacheklage anhängig, so ist für diese das Richterreferat unter Anrechnung auf den Turnus zuständig, bei der das Arrest- oder Verfügungsverfahren anhängig ist oder war. Dies gilt auch, wenn sich die Anträge des Vor- und Hauptsacheprozesses nur teilweise entsprechen. Bei Ansprüchen aus § 648 BGB ist die Richterreferat auch für eine nachfolgende Werklohnklage zuständig.
- h. Für Schadensersatzklagen aus § 945 ZPO ist das Richterreferat des Hauptsacheprozesses unter Anrechnung auf den Turnus zuständig.
- i. Für Vollstreckungsabwehr-, Drittwiderspruchs-, Nichtigkeits- und Restitutionsklagen sowie für Streitigkeiten aus rechtskräftigen Vergleichen ist unter Anrechnung auf den Turnus das Richterreferat zuständig, in welchem der Vollstreckungstitel entstanden ist.

- j. Für Anträge auf Durchführung des selbständigen Beweisverfahrens während eines anhängigen Streitverfahrens ist das Richterreferat ohne Anrechnung auf den Turnus zuständig, bei der das Streitverfahren anhängig ist. Eine spätere Verfahrenstrennung begründet keine Zuständigkeit.
Wird nach oder während der Durchführung eines selbständigen Beweisverfahrens ein Streitverfahren anhängig, ist das Richterreferat unter Anrechnung auf den Turnus zuständig, bei dem das selbständige Beweisverfahren anhängig war bzw. ist.
- k. Können aus technischen oder organisatorischen Gründen (z.B. Ausfall der EDV-Anlage) Neueingänge, die eine einstweilige Verfügungs- und Arrestsache betreffen, nicht sofort in das Geschäftsstellenautomatisations-system eingetragen werden, sind diese Anträge als „Eilantrag“ zu bezeichnen und mit Datum und Uhrzeit des Eingangs zu versehen. Diese Anträge sind sodann listenmäßig zu erfassen und beginnend mit der Nummer 10000 des jeweiligen Geschäftsjahres in einem gesonderten Nummernkreis zu registrieren. Sie werden im Turnus in sich regelmäßig wiederholender Weise nach den Ordnungszahlen der Richterreferate, beginnend mit der niedersten Ordnungszahl verteilt, wobei der Turnus des Vorjahres jeweils fortgesetzt wird. Die Liste mit dem gesonderten Nummernkreis ist bei wiederholter Inanspruchnahme bis zum Ende des Jahres fortzuschreiben. An diesem Sonderturnus nehmen die Richterreferate 1C, 5C, 6C und 8 C mit je einem Verfahren pro Turnus teil.
- l. Abgaben innerhalb des Amtsgerichts nehmen am Turnus teil, d.h., abgebende Richter geschäftsaufgabe: Malus ja, eingehende Richter geschäftsaufgabe: Bonus ja.
- m. Der Richter entscheidet über eine Verbindung nach § 147 ZPO, dessen Verfahren das ältere Aktenzeichen trägt. Die Verbindung erfolgt zu dem Verfahren, das das ältere Aktenzeichen trägt. Verbindungen nehmen am Turnus teil. Es erfolgt ein Bonus im Referat, welches das Verfahren hinzuverbindet und ein Malus im Referat, dessen Verfahren hinzuverbunden wird.
2. Die Eingänge, die Anträge auf Durchführung des selbständigen Beweisverfahrens außerhalb eines bereits anhängigen Streitverfahrens betreffen, werden im Turnus in sich regelmäßig wiederholender Weise nach den Ordnungszahlen der Richterreferate, beginnend mit der niedersten Ordnungszahl verteilt. Dabei nehmen die Richterreferate wie folgt teil.
60011 (= 1 C)	2
60015 (= 5 C)	2
60002 (= 8 C)	2
- Danach beginnt der Turnus wieder von vorne. Der Turnus soll im Folgejahr fortlaufen. Im Übrigen gelten die unter 1. getroffenen Regelungen sinngemäß.
3. Für die Eingänge von WEG-Verfahren, gilt ein eigener Turnus. An diesem nehmen die Richterreferate wie folgt teil:
60011 (= 1 C)	1
60015 (= 5 C)	1
60002 (= 8 C)	1
- Danach beginnt der Turnus wieder von vorne. Der Turnus soll im Folgejahr fortlaufen.

4. Für die Eingänge in Rechtshilfe in Zivilsachen gilt ein eigener Turnus. An diesem nehmen die Richterreferate wie folgt teil:
60011 (= 1 C)	1
60015 (= 5 C)	1
60002 (= 8 C)	1
- Danach beginnt der Turnus wieder von vorne. Der Turnus soll im Folgejahr fortlaufen.
5. Für die Eingänge in Zwangsvollstreckung in das bewegliche und unbewegliche Vermögen gilt jeweils ein eigener Turnus. An diesem nehmen die Richterreferate wie folgt teil:
60002 (= 1 M/ 1 K)	2
60011 (= 3 M/ 2 K)	4
60002 (= 1 M/ 1 K)	2
60015 (= 3 M/ 2 K)	4
- Danach beginnt der Turnus wieder von vorne. Der Turnus soll im Folgejahr fortlaufen.
6. Für die Eingänge in Verfahren des Einstweiligen Rechtsschutzes (Einstweilige Verfügung und Arrest) gilt ein eigener Turnus. An diesem nehmen die Richterreferate wie folgt teil:
60011 (= 1 C)	1
60015 (= 5 C)	1
60002 (= 8 C)	1
- Danach beginnt der Turnus wieder von vorne. Der Turnus soll im Folgejahr fortlaufen.

B) Turnusregelung in Familiensachen

1. Die Eingänge, die Familiensachen einschließlich einstweiliger Verfügungs-, Anordnungs- und Arrestsachen betreffen, werden im Turnus in sich regelmäßig wiederholender Weise nach den Ordnungszahlen der F-Referate, beginnend mit der niedrigsten Ordnungszahl, verteilt.

Dabei werden die in das Familienregister einzutragenden Neueingänge sowie die Abgaben und Verweisungen innerhalb des Amtsgerichts Wolfratshausen in der Einlaufstelle zusammengefasst und mit einer fortlaufenden Nummerierung (Eingangszahl) versehen.

Elektronische Eingänge werden in der zeitlichen Reihenfolge ihres Eingangs in der Eingangslistenapplikation (ELA) entsprechend behandelt.

Die Vergabe der Eingangszahlen (Verarbeitungsvorgang) in der Einlaufstelle erfolgt am Folgetag für die am Vortrag eingegangenen Eingänge wobei zunächst die Papier- und Faxeingänge und sodann die elektronischen Eingänge verarbeitet werden. Die Eingangszahl wird über beide Eingangsarten weitergeführt.

Sie beginnt am Anfang eines jeden Jahres neu, ohne Rücksicht auf den Tag des Eingangsstempels des Amtsgerichts Wolfratshausen. Bei zeitgleich eingehenden Neueingängen (derselbe Tag bei Papier- und Faxeingängen) werden die Verfahren nach dem Anfangsbuchstaben der antragsgegnerischen Partei in alphabetischer Reihenfolge nummeriert. Punkt E Ziffer 2 am Ende gilt entsprechend. Ausgenommen sind Anträge auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung bzw. Verfügung sowie auf Erlass eines Arrests. Diese sind sofort zu nummerieren und zur Eintragung vorzulegen.

Gehen mehrere Anträge auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung bzw. Verfügung oder eines Arrests gleichzeitig ein, gilt vorstehende Regelung entsprechend.

Sodann werden die Vorgänge nach der Eingangszahl auf die einzelnen Richterreferate verteilt. Dabei nehmen die Richterreferate am Turnus in folgendem Umfang teil:

10001	2
10003:	2
10004:	2
10005:	2
10001:	3
10003:	2
10004:	3
10005:	2

Danach beginnt der Turnus wieder von vorne. Der Turnus soll im Folgejahr fortlaufen.

2. **Ausnahme:**

Ist eine Familiensache bereits anhängig, die denselben Personenkreis im Sinne von § 23 b Abs. 2 Satz 1 GVG betrifft, wird das neu eingehende Verfahren aus diesem Personenkreis stets dem Richterreferat zugeteilt, das für das anhängige Verfahren zuständig ist. Ist dies ein Verfahren aus dem Referat 2 F (Kennzahl 10002), so wird das neu eingehende Verfahren dem Referat 1 F (Kennzahl 10001) zugeteilt.

Anhängig im Sinne dieser Bestimmung ist eine Familiensache nicht mehr, wenn sie vor dem 01. Januar des vorletzten Kalenderjahres nach § 10 Abs.1 AktO erledigt und ihre Weglegung angeordnet worden ist.

- a. Derselbe Personenkreis liegt vor, wenn die neu eingegangene Sache die an einem früheren Verfahren beteiligten Ehegatten oder ein oder beide Elternteile oder deren Abkömmlinge (auch inzwischen volljährig gewordene) betrifft, selbst wenn die beteiligten Personen inzwischen ihren Namen geändert haben. Dies gilt auch bei Beteiligtenänderung aufgrund gesetzlichen Forderungsübergangs. Betrifft die neu eingehende Sache denselben Personenkreis in zwei verschiedenen Referaten, so wird sie demjenigen Richterreferat zugeteilt, in welchem das jüngere Verfahren geführt wird, wenn das ältere Verfahren schon weggelegt ist.

Nach Aufteilung oder Auflösung eines Richterreferates ist für die Frage, ob derselbe Personenkreis vorliegt, der nach der Auflösung oder Aufteilung geschaffene Zustand maßgeblich.

Dagegen ist derselbe Personenkreis nicht gegeben, wenn das neue Verfahren auf eine Ehe zurückgeht, die eine der beteiligten Personen mit einem Dritten eingegangen ist, es sei denn, es handelt sich um eine Kindschaftssache.

Im Umgangsverfahren mit Dritten, die nicht Eltern sind, wird derselbe Personenkreis ausschließlich durch das minderjährige Kind bestimmt.

- b. Die nach Ziffer 2 zugeteilten Neueingänge werden im Turnus berücksichtigt.
- c. Eine Zuständigkeit nach Ziffer 2 wird auch durch ein noch nicht endgültig abgeschlossenes Überprüfungsverfahren (§ 166 Abs. 2 und Abs. 3 FamFG) begründet.

- d. Keine Zuständigkeit nach Ziffer 2. begründen isolierte Anordnungen einer Ergänzungspflegschaft (§§ 1909, 1693) BGB der Vormundschaft, Verfahren gem. §§ 12, 13 IntFamRVG sowie Rechtshilfeersuchen.

3. Turnusanrechnung bei Durchführung eines Güterichterverfahrens:

Wird durch eine der Familienrichterinnen ein über die Güterichterstelle an sie verwiesenes Verfahren zur Güterichterbehandlung angenommen, wird es als ARG-Vorgang unter der Nummer ihrer Richtergeschäftsaufgabe erfasst und mit 3 Verfahren auf den Turnus der Neuzugänge in Familiensachen angerechnet. Diese Anrechnung bleibt auch dann bestehen, wenn es im durchgeführten Güterichterverfahren nicht zu einer abschließenden Einigung gekommen ist und das Verfahren deswegen zur weiteren Bearbeitung an den für die Entscheidung zuständigen Richter zurückgegeben werden musste. Alle weiteren Verfahren, die denselben Personenkreis betreffen und gleichzeitig beim Güterichter anhängig gemacht werden, werden mit 1 Verfahren auf den Turnus der Neuzugänge in Familiensachen angerechnet.

4. Fortdauer der Zuständigkeit

Das ursprünglich zuständige Richterreferat bleibt ohne Anrechnung auf den Turnus auch zuständig

- a. Nach Zurückverweisung eines Verfahrens durch ein anderes Gericht;
- b. Nach Ablehnung der Verfahrensübernahme durch ein anderes Gericht oder nach erneuter Verweisung an das Amtsgericht Wolfratshausen;
- c. Für Vollstreckungs-, Zwangsgeld- und Vermittlungsverfahren nach § 165 FamFG, § 52 a FGG, die aus einem bereits abgeschlossenen Verfahren stammen. Es wird dadurch erneut eine Zuständigkeit nach Ziffer 2. begründet;
- d. Für Vollstreckungsabwehr-, Drittwiderspruchs-, Nichtigkeits- und Restitutionsverfahren sowie für Streitigkeiten aus rechtskräftigen Vergleichen ist unter Anrechnung auf den Turnus das Richterreferat zuständig, welches das Urteil/den Beschluss erlassen hat bzw. den Vergleich protokolliert hat.
- e. Nach Rückkunft der Akten von Rechtsmittelgerichten, nach Ablehnung der Verfahrensübernahme durch ein anderes Gericht, nach erneuter Verweisung an das Amtsgericht Wolfratshausen, bei Neuaufnahme einer Sache, die nach der Aktenordnung weggelegt war, oder für Folgeentscheidungen in einer weggelegten Sache ist das früher mit der Sache befasst gewesene Richterreferat zur weiteren Behandlung ohne Anrechnung auf den Turnus zuständig.
- f. Besteht das zuständigkeitsbegründende Richterreferat nicht mehr oder ist es ganz oder teilweise aufgeteilt worden, ist die bei der Auflösung oder Aufteilung geltende Nachfolgeregelung maßgeblich.

- 5. Inländische Rechtshilfeersuchen in Familiensachen (AR-Sachen) werden stets in einem eigenen Turnus einzeln nacheinander den Richterreferaten zur Erledigung zugeteilt. Dabei wird die Reihenfolge des Vorjahres fortgesetzt.**

6. Irrtümer bei der Verfahrensverteilung

Irrtümliche Eintragungen werden als Abgabe innerhalb des Amtsgerichts behandelt. Diese Abgaben nehmen am Turnus teil, d.h., abgebende Richter geschäftsaufgabe: Malus ja, eingehende Richter geschäftsaufgabe: Bonus ja.

7. In Verfahren 50 FH und 51 FH bzw. 50 F und 51 F, in denen eine Entscheidung des Richters erforderlich ist, entscheidet, soweit das Verfahren auf einer Entscheidung in einem richterlichen F-Verfahren beruht, der für das zugrunde liegende F-Verfahren zuständige Richter.

C) Turnusregelung in Insolvenzverfahren

Der zuständige Richter eines anhängigen Verfahrens ist unter Anrechnung auf den Turnus auch zuständig für später gegen denselben Schuldner eingehende Verfahren. Anhängig im Sinne dieser Bestimmung ist eine Insolvenzverfahren nicht mehr, wenn sie vor dem 01. Januar des letzten Kalenderjahres nach § 10 AktO erledigt und ihre Weglegung angeordnet worden ist.

Wird Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder im Verfahren nach dem StaRUG sowohl gegen eine GmbH & Co.KG als auch deren Komplementärgesellschaft, sowohl gegen eine BGB-Gesellschaft als auch deren Gesellschafter, eine Kapitalgesellschaft als auch deren Geschäftsführer oder Gesellschafter, sowie gegen mehrere in einem Konzern oder in einer Unternehmensgruppe verbundene Unternehmen gestellt, so zieht das Verfahren mit dem niedrigsten Geschäftszeichen die richterliche Zuständigkeit aller sachlich zusammenhängenden Verfahren.

Die beiden vorstehenden Absätze gelten sowohl für die Bestandsverfahren bis zum 30.04.2024 als auch für künftig eingehende Insolvenzverfahren.

Ab dem 01.05.2024 eingehende Verfahren werden gemäß folgendem Turnus verteilt:

60010 (OE 901):	2
60010 (OE 902):	2

D) Turnusregelung in Bußgeld- und Erzwingungshaftverfahren sowie in Ermittlungsrichterlicher Tätigkeit in Bußgeldverfahren

Die Eingänge, die Bußgeldverfahren gegen Erwachsene sowie Bußgeldverfahren gegen Heranwachsende, die Verstöße im ruhenden und fließenden Straßenverkehr sowie Verstöße gegen das Infektionsschutzgesetz und die Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung betreffen, werden im Turnus in sich regelmäßig wiederholender Weise nach den Ordnungszahlen der Referate 3 OWi und 4 OWi beginnend mit der niedrigsten Ordnungseinheit verteilt.

Die Richterreferate 3 OWi und 4 OWi nehmen am Turnus für die Eingänge in den genannten Bußgeldverfahren wie folgt teil:

3 OWi:	5
4 OWi:	5

Danach beginnt der Turnus wieder von vorne. Der Turnus soll im Folgejahr fortlaufen.

Gehen bezüglich einer einheitlichen prozessualen Tat gesonderte Verfahren ein, erfolgt zunächst die Eintragung gemäß Turnus.

Werden die Verfahren dadurch unterschiedlichen Referaten zugeteilt, ist für sämtliche Verfahren, die sich auf diese Tat beziehen, das Referat zuständig, welchem das älteste Aktenzeichen zugeteilt wurde.

Die betreffenden Verfahren werden an das zuständige Referat abgegeben.

Die Eingänge, die Erziehungssachen gegen Erwachsene, Jugendliche und Heranwachsende betreffen, werden im Turnus in sich regelmäßig wiederholender Weise nach den Ordnungszahlen der Referate 7 OWi und 8 OWi beginnend mit der niedrigsten Ordnungseinheit verteilt.

Die Richterreferate 7 OWi und 8 OWi nehmen am Turnus für die Eingänge in den genannten Erziehungssachen wie folgt teil:

7 OWi:	10
8 OWi:	10

Danach beginnt der Turnus wieder von vorne. Der Turnus soll im Folgejahr fortlaufen.

Die Eingänge, die Ermittlungsrichterliche Tätigkeit in Bußgeldverfahren gegen Erwachsene und in Bußgeldverfahren gegen Heranwachsende, soweit sie Verstöße im ruhenden und fließenden Straßenverkehr und soweit sie Verstöße gegen das Infektionsschutzgesetz und die Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung betreffen, werden im Turnus in sich regelmäßig wiederholender Weise nach den Ordnungszahlen der Referate 7 Gs und 8 Gs beginnend mit der niedrigsten Ordnungseinheit verteilt.

Die Richterreferate 7 OWi und 8 OWi nehmen am Turnus für die Eingänge in den genannten Ermittlungsrichterlichen Tätigkeiten wie folgt Teil:

7 Gs:	1
8 Gs:	1

Danach beginnt der Turnus wieder von vorne. Der Turnus soll im Folgejahr fortlaufen.

E) Allgemeine Bestimmungen zur richterlichen Geschäftsverteilung des Amtsgerichts Wolfratshausen

1. Jeder Richter erledigt die sachlich in sein Aufgabengebiet fallenden Rechtshilfen, soweit die Geschäftsverteilung keine abweichenden Regelungen enthält.
In sein Aufgabengebiet fallen auch die mit diesem verwandten richterlichen Aufgaben, soweit die Geschäftsverteilung keine abweichenden Bestimmungen trifft. Als solche Aufgaben sind anzusehen bei:
 - a. den Strafsachen
die strafrichterliche Ermittlungstätigkeit, richterliche Aufgaben nach dem IRG vom 23.12.1982. Privatklassesachen und alle Verfahren, die auf Vorlage einer Verwaltungsbehörde oder durch Antrag der Betroffenen in die Entscheidung des Strafrichters gestellt sind, sowie Rechtshilfe in disziplinarrechtlichen Angelegenheiten und Ordnungswidrigkeiten.
 - b. den Verkehrsstrafsachen
im Sinne dieser Allgemeinen Bestimmungen ist jede Tat, die im Zusammenhang mit dem Führen eines Fahrzeugs im Straßenverkehr, und zwar im fließenden wie im ruhenden Verkehr, oder von Fußgängern unter Verletzung von Verkehrsvorschriften begangen wird.
 - c. Bewährungsaufsicht
zu den Aufgaben der Strafrichter gehören auch die nach § 37 II EGGVG und § 163 c StPO.
 - d. den bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten
alle C-Sachen, das Aufgebotsverfahren, die Rechtshilfe auch in Entschädigungssachen, in Angelegenheiten des Lastenausgleichs und der Sozialgerichtsbarkeit, sowie jede Amtshilfe nichtstrafrechtlichen Charakters, ferner Verfahren nach dem Wohnungseigentumsgesetz, soweit sie der ZPO unterliegen, und Beweissicherungsverfahren gemäß der Verteilung nach Buchstaben.
 - e. der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen
die richterlichen Aufgaben im Rahmen des Verfahrens über die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung nach den §§ 899 ff ZPO und das Vertragshilfeverfahren.
 - f. den Vormundschafts- bzw. Betreuungssachen
die Verfahren nach dem Unterbringungsgesetz vom 05.04.1992, nach dem Buch 7 FamFG und die Zwangsvollstreckung in den Fällen des JMS vom 09.08.1963 (Gz.: 1454 E – VI – 1307/62); sowie alle Entscheidungen im Rahmen der Betreuungs- und Unterbringungsverfahren, mit Ausnahme der Unterbringungen von Minderjährigen.
 - g. den Nachlasssachen
das Verfahren nach dem Verschollenheitsgesetz und die Nachlassauseinandersetzung nach §§ 86 ff FGG.

- h. den Grundbuchsachen
die richterlichen Aufgaben nach der 40. DV zum Umstellungsgesetz und nach dem Baugesetzbuch; dem Richter für Grundbuchsachen ist auch die Ausstellung von Unschädlichkeitszeugnissen übertragen.
 - i. den Mietsachen
alle Streitigkeiten der in den §§ 23 Nr. 2 a GVG, 29 a ZPO und 708 Nr. 7 ZPO aufgeführten Art.
2. Die Verteilung nach Sachgebieten bzw. Turnus geht der Verteilung nach Buchstaben vor.

Die Verteilung von Geschäftsaufgaben nach Buchstaben bestimmt sich

- nach den Anfangsbuchstaben der Bezeichnung der beklagten Partei oder des Antragsgegners,
- in der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen nach dem Anfangsbuchstaben des Namens oder der Bezeichnung des ersten betreibenden Gläubigers oder des Antragstellers, und
- in Straf- und Bußgeldsachen nach den Anfangsbuchstaben des Angeschuldigten oder Betroffenen,
- bei mehreren Angeschuldigten in einer Anklage ist der älteste Angeschuldigte maßgebend,
- ist gegen einen der Angeschuldigten einer neu zum Jugendschöffengericht eingehenden Anklageschrift in einem anderen Jugendschöffenreferat bereits eine Anklage anhängig und noch nicht durch Urteil oder anderweitig erledigt, so ist dieses Referat auch für die neu eingehende Anklageschrift hinsichtlich sämtlicher Angeschuldigter zuständig. Bei mehreren Angeschuldigten ist der jeweils älteste Angeschuldigte maßgebend.

Sind mehrere Beteiligte zu berücksichtigen, so ist der Beteiligte maßgebend, dessen Bezeichnung mit dem nach dem Alphabet vorausgehenden Buchstaben beginnt, in Strafsachen – ohne objektives Verfahren – jedoch zunächst der nach dem Lebensalter ältere.

Wenn neben einer Firma oder firmenähnlichen Bezeichnung der oder die Inhaber mitbenannt sind – gleichgültig ob vor oder nach der Firmenbezeichnung – so ist nur der Name der/des Inhaber/s maßgebend.

Als maßgebende Bezeichnung der vorstehenden Bestimmungen gilt

- bei natürlichen Personen der Familienname (bei Doppelnamen ist der erste Namensteil maßgebend), jedoch bleiben außer Betracht: Adelsprädikate, akademische Grade und die Zusätze „van“, „von“, „van der“, „de“, „del“ und „della“;
- bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts das erste Hauptwort ihres Namens, bei politischen Gemeinden der Ortsnamen;
- bei politischen Parteien, für deren Bezeichnung eine Abkürzung gebräuchlich ist, diese Abkürzung;

- bei Firmen (auch bei nicht eingetragenen) ohne Zusatz des Inhabers die Firmenbezeichnung;
- im Übrigen der erste Buchstabe der Parteibezeichnung.

3.

- a. Die bei der Auswahl und Berufung von Schöffen jeder Art notwendigen Entscheidungen trifft, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt, der Vorsitzende des Schöffengerichts, dessen Spruchkörper betroffen ist. Können mehrere Schöffengerichte von der Entscheidung betroffen werden, entscheidet der dienstälteste Vorsitzende eines Schöffengerichts und bei gleichem Dienstalder der Lebensälteste.
- b. Über die Ablehnung eines Richters, seine Selbstablehnung oder bei Zweifel über seinen Ausschluss kraft Gesetzes (§ 27 Abs. 2 S. 1, § 30 StPO, § 71 OWiG, § 48 ZPO) entscheidet:

In Zivil- und Familiensachen: Richter am Amtsgericht Stadt als ständiger Vertreter der Direktorin
Im Fall von dessen Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Huber

In Straf- und Betreuungssachen: Richterin am Amtsgericht Hagenfeld
Im Fall von deren Verhinderung: Richterin am Amtsgericht Zollner

Im Übrigen entscheidet der Richter des Amtsgerichts, dessen Familienname dem des abgelehnten Richters im Alphabet folgt, bei dessen Verhinderung wiederum der nächstfolgende usw.
Der zuständige Vertreter des abgelehnten Richters ist jedoch nur dann zur Entscheidung über die Ablehnung berufen, wenn alle anderen Richter abgelehnt sind oder sich selbst für befangen halten.

- c. Über den Streit zweier Richter über die geschäftsplanmäßig geregelte Zuständigkeit für eine bestimmte Sache entscheidet das Präsidium des Amtsgerichts.
- d. Leitet der für das Bußgeldverfahren zuständige Richter die Sache in das Strafverfahren über, so übernimmt sie mit dem Zeitpunkt der Überleitung der für Strafsachen zuständige Richter.
- e. Strafsachen und Verfahren nach dem OWiG, die nach Aufhebung an eine andere Abteilung des Amtsgerichts zurückverwiesen werden, werden vom Vertreter des Richters behandelt, dessen Entscheidung aufgehoben wurde. Ist dieser Richter mittlerweile durch Änderung der Geschäftsverteilung aus seinem ursprünglichen Referat ausgeschieden, so ist sein Referatsnachfolger für die Bearbeitung zuständig, falls er nicht (z.B. durch Ablehnung) ausgeschlossen ist. Dies gilt entsprechend für die Fälle des § 23 Abs. 2 StPO. Im Falle der Rückverweisung von Sachen eines anderen Gerichts gilt die im Geschäftsverteilungsplan bestimmte Zuständigkeit. Dies gilt auch für die im Beschluss des Präsidiums des Oberlandesgerichts München vom 10.11.1993 dem Amtsgericht Wolfratshausen gemäß § 140 a Abs. 2 GVG zugewiesenen Wiederaufnahmeverfahren gegen Entscheidungen des Amtsgerichts Miesbach.

- f. Im objektiven Verfahren nach § 440 StPO und §§ 27, 87 OWiG richtet sich die Zuständigkeit nach dem Anfangsbuchstaben des Eigentümers, mangels eines solchen nach dem Anfangsbuchstaben des Einziehungsbeteiligten, im Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Täter nach dem Anfangsbuchstaben des Geschädigten oder Verletzten; bei Fehlen eines Geschädigten oder Verletzten gilt „Unbekannt“ als Eigenname.
Bei mehreren Eigentümern, Beteiligten, Geschädigten oder Verletzten gelten die unter Nr. 2 getroffenen Regelungen.
- g. Soweit durch diese Geschäftsverteilung oder im Laufe dieses Geschäftsjahres Geschäftsaufgaben von einem Richter auf einen anderen übergehen, werden die bereits anhängigen Sachen von dem letzteren in dem Stand übernommen, in dem sie sich zur Zeit des Wechsels befinden, soweit keine andere Regelung getroffen wurde.

Ausgenommen sind nur

- Zivil- und Familiensachen, in denen ein Termin zur Verkündung einer Entscheidung ansteht oder eine schriftliche Entscheidung angeordnet ist; diese Entscheidungen werden noch von dem bisher zuständigen Richter getroffen;
- Strafsachen, in denen eine Hauptverhandlung bereits begonnen hat, auch wenn sie unterbrochen wurde, bis zu ihrer Beendigung; das gleiche gilt für Ordnungswidrigkeiten.

4. Entscheidend für die Bezeichnung der Verfahrensbeteiligten im Sinne der vorstehenden Bestimmung ist der erste Eingang des Verfahrens bei einem deutschen Gericht.

Dies gilt auch für einen Mahnantrag, Änderungen im Kreis oder im Namen der maßgeblichen Beteiligten sind ohne Einfluss auf die einmal begründete Zuständigkeit.

5. Kommt nach Eintragung einer Sache ein weiterer Beteiligter hinzu oder fällt ein Beteiligter weg, so hat das auf die Zuständigkeit keinen Einfluss. Dasselbe gilt für einen gesetzlichen oder gewillkürten Parteiwechsel.

Ist bei Eingang eines Antrags auf Anordnung eines Arrests oder einer einstweiligen Verfügung die Hauptsache schon bei einem anderen Richter anhängig, so ist dieser Richter auch für das Arrestverfahren und das Verfahren auf einstweilige Verfügung zuständig.

Für Vollstreckungsabwehrklagen, die den durch ein Urteil oder Kostenfestsetzungsbeschluss festgestellten Anspruch betreffen, ist das Richterreferat des Vor- und Hauptprozesses zuständig.

Über Nichtigkeits- oder Restitutionsklagen entscheidet das Richterreferat, in dem das angefochtene Urteil/der Beschluss erlassen wurde, sofern es noch für Verfahren der entsprechenden Art zuständig ist.

6. Eine fehlerhafte Verteilung infolge Irrtums oder eines sonstigen versehentlichen Verstoßes gegen getroffene Verteilungsgrundsätze lässt die Turnuszuweisung anderer Verfahren unberührt.

7. Über Meinungsverschiedenheiten bei der Auslegung der Geschäftsverteilung entscheidet das Präsidium des Amtsgerichts Wolfratshausen
8. Bei Verhinderung des Vertreters erfolgt die Vertretung durch den weiteren Vertreter. Bei Verhinderung des weiteren Vertreters, oder wenn ein solcher nicht bestimmt ist, erfolgt die Vertretung durch den Richter, der dem Vertreter im Alphabet folgt, und so fort. Nach Durchlaufen des Alphabets beginnt der Durchlauf wieder bei A.

F) Güterichter

Jeder Richter kann für die Durchführung eines Güterichterverfahrens geeignet erscheinende Verfahren benennen und an den Güterichter verweisen, § 278 Abs. 5 S. 1 ZPO.

Der Güterichter kann die Übernahme ablehnen, insbesondere wenn er sie für nicht sachgerecht hält. Im Falle der Ablehnung durch einen Güterichter kann eine weitere Zuleitung an andere Güterichter erfolgen.

Den Wünschen der Mediationsbeteiligten hinsichtlich des Güterichters wird – soweit möglich – Rechnung getragen.

Das gerichtliche Verfahren wird vor dem zuständigen Streitrichter fortgesetzt, soweit es in der Güteverhandlung nicht zu einer verfahrensbeendenden Verständigung der Beteiligten kommt.

Die Abgabe eines Güterichterverfahrens durch ein anderes Amtsgericht im Bezirk des Landgerichts München II an das Amtsgericht Wolfratshausen ist möglich, sofern es am ersuchenden Gericht keinen Güterichter gibt und ein Güterichter des Amtsgerichts Wolfratshausen Übernahmebereitschaft erklärt.

G) Schiedsverfahren/Mediation

Verfahren, in denen ein Richter des Amtsgerichts als Schiedsrichter oder Schiedsgutachter tätig ist oder war, nehmen am Turnus des betroffenen Richters nicht teil; sie sind auf den Turnus des nachfolgenden Richters anzurechnen und im Turnus des betroffenen Richters durch das nächstfolgende Verfahren zu ersetzen. Dies gilt ebenso für die Übernahme einer außergerichtlichen Mediation durch einen Richter.

H) Wohnungseigentumssachen

WEG-Verfahren im Sinne dieses Geschäftsverteilungsplanes sind

1. Wohnungseigentumssachen gemäß §§ 43 Nr. 1 bis 4, 44 bis 50 a.F. WEG, § 43 Abs. 2 n.F. WEG einschließlich Rechtshilfeersuchen
2. Vollstreckbarerklärungen von Anwaltsvergleichen, die Wohnungseigentumssachen regeln (§§ 796a, 796b Abs. 1 ZPO) einschließlich gerichtlicher Entscheidungen nach § 796c ZPO.

I) Betreuungs- und Unterbringungssachen

In Betreuungs- und Unterbringungssachen ist für Eilanträge aus dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen (insbesondere Anträge aus hiesigen Kliniken) der/ die Richter/in zuständig, in dessen/ deren Zuständigkeitsbereich sich der aktuelle Aufenthaltsort des/ der Betroffenen befindet.

Dritter Abschnitt

Bereitschaftsdienst für die Amtsgerichte

1. Der Bereitschaftsdienst für die Amtsgerichte ist durch § 3 GZVJu und durch die hierzu ergangene Anordnung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz geregelt. Danach ist im Landgerichtsbezirk München II täglich von 06.00 Uhr bis 21.00 Uhr ein Bereitschaftsdienst zur Erledigung von unaufschiebbaren Geschäften einzurichten, der von den Richtern des Amtsgerichts Wolfratshausen wahrgenommen wird.
 - a. An Arbeitstagen von 08.00 Uhr bis 16.30 Uhr bzw. 08.00 Uhr bis 14.00 Uhr an Freitagen ist ausschließlich der geschäftsplanmäßig zuständige Richter bzw. sein Vertreter im Amt zuständig.
 - b. An Arbeitstagen von 06.00 Uhr bis 08.00 Uhr sowie von 16.30 Uhr bis 21.00 Uhr (bzw. von 14.00 Uhr bis 21.00 Uhr an Freitagen), an dienstfreien Tagen von 06.00 Uhr bis 21.00 Uhr sowie am Faschingsdienstag von 06.00 Uhr bis 08.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 21.00 Uhr wird der Bereitschaftsdienst durch die in der Anlage 1 aufgeführten Richter grundsätzlich als Rufbereitschaft wahrgenommen. Der Richter kontrolliert daneben die bei ihm auf seinem dienstlichen Bereitschaftsfaxgerät und die elektronisch an das Bereitschaftsdienstpostfach eingegangenen Anträge. Einer Kontrolle sonstiger Eingänge bei den Amtsgerichten, insbesondere auch der übrigen elektronischen Eingänge, bedarf es nicht.
Die vorrangige Zuständigkeit des geschäftsplanmäßig zuständigen Richters bzw. seines Vertreters im Amt wird hiervon nicht berührt.
 - c. Maßgeblich für die Zuständigkeit des Bereitschaftsrichters (Nr. 1.a und 1.b) ist der Eingang des Antrags.

Wird der geschäftsplanmäßig zuständige Richter während des Bereitschaftsdienstes gemäß Nr. 1.b selbst tätig, liegt kein Bereitschaftsfall vor; der Bereitschaftsrichter ist in diesen Fällen nicht zuständig.

- d. Ist einer der eingeteilten Richter des Bereitschaftsdienstes verhindert oder überlastet, so wird er von dem in der Anlage bestimmten Vertreter vertreten. Entsprechendes gilt für die Zuziehung eines zweiten und dritten Vertreters. Eine Überlastung ist insbesondere dann gegeben, wenn die Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Bereitschaftsrichters nicht bzw. nicht mehr fristgerecht gewährleistet erscheint. Seine Überlastung stellt der zuständige Bereitschaftsrichter in den Akten fest und informiert den zuständigen Vertreter über die noch wahrzunehmenden Dienstgeschäfte.

Für die weitere Vertretung der Bereitschaftsrichter sind die anderen Richter des Amtsgerichts Wolfratshausen in der Reihenfolge des jeweils geltenden Geschäftsverteilungsplans zur Vertretung berufen; Richter auf Probe werden dabei nicht berücksichtigt.

Soweit ein Vertretungsfall eingetreten ist, teilen der Vertretene sowie der Vertreter dem Präsidenten des Landgerichts München II einvernehmlich unter Einhaltung der unter Ziffer 2 Abs. 2 nachfolgend genannten Wochenfrist mit, inwieweit der Vertretene einen künftigen Bereitschaftsdienst des Vertreters übernimmt.

- e. Jeder Bereitschaftsrichter entscheidet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen in eigener Verantwortung, an welchem Ort er seine Amtsgeschäfte als Bereitschaftsrichter wahrnimmt.
 - f. Der Bereitschaftsrichter entscheidet ebenso in eigener Verantwortung, ob ein an ihn herangetragenener Eilfall als solcher zu behandeln ist oder ob die ihm vorgelegte Sache in den gewöhnlichen Geschäftsgang gegeben werden kann. Kann ein Verfahren innerhalb der Bereitschaftsdienstzeit nicht zu Ende bearbeitet werden, so wird es nach Ablauf der Bereitschaftsdienstzeit an das örtlich zuständige Gericht zur Weiterführung übersandt.
2. Der Bereitschaftsdienst wird von den in der Anlage 1 bestimmten Richtern des Amtsgerichts Wolfratshausen und ihren Vertretern in der jeweils angegebenen Zeit wahrgenommen mit der Maßgabe, dass bei personellen Änderungen während des Jahres der Nachfolger im Amt den betreffenden Dienst übernimmt.

Teilen der zum Bereitschaftsdienst eingeteilte Richter und ein für den gleichen Zeitraum eingeteilter Vertreter oder weiterer Vertreter dem Präsidenten des Landgerichts München II bis spätestens eine Woche vor dem Beginn des in Frage stehenden Bereitschaftszeitraumes einvernehmlich mit, dass sie den Dienst für die gesamte Woche oder für einzelne Tage tauschen möchten, so wird dieser Tausch mit dem rechtzeitigen Eingang der Mitteilung wirksam. In anderen Fällen entscheidet das Präsidium des Landgerichts München II.

Serini
Direktorin des Amtsgerichts

Jacoby
Richterin am Amtsgericht
(bis 15.04.2025)

Kirschstein-Freund
Richterin am Amtsgericht

Mamisch
Richterin am Amtsgericht

Zollner
Richterin am Amtsgericht

Stadt
Richter am Amtsgericht als
Ständiger Vertreter der Direktorin
(ab 16.04.2025)

Anlage 1 Bereitschaftsdienst 2025 – richterlicher Dienst

	Bereitschaftsrichter	1. Vertreter	2. Vertreter	3. Vertreter
01.01.-06.01. (1.1.= Mi; 6.1.=Mo)	Schneider	Kirschstein	Zollner	Huber
07.01.-12.01.	Kirschstein	Zollner	Schneider	Huber
13.01.-19.01	Huber	Schneider	Kirschstein	Zollner
20.01.-26.01.	Zollner	Huber	Kirschstein	Schneider
27.01.-02.02.	Zollner	Huber	Schneider	
03.02.-09.02.	Schneider	Zollner	Huber	
10.02.-16.02.	Huber	Schneider	Zollner	
17.02.-23.02.	Zollner	Huber	Schneider	
24.02.-02.03.	Zollner	Huber	Schneider	
03.03.-09.03. Faschingsdienstag	Schneider	Zollner	Huber	
10.03.-16.03.	Huber	Zollner	Schneider	
17.03.-23.03.	Schneider	Zollner	Huber	
24.03.-30.03.	Zollner	Huber	Schneider	
31.03.-06.04.	Schneider	Huber	Zollner	
07.04.-13.04.	Huber	Schneider	Zollner	
14.04.-20.04. Karfreitag	Schneider	Huber	Zollner	
21.04.-27.04. Ostermontag	Zollner	Kirschstein	Huber	Schneider
28.04.-04.05. (1.5.=Do)	Huber	Schneider	Zollner	
05.05.-11.05.	Zollner	Huber	Schneider	
12.05.-18.05.	Schneider	Zollner	Huber	
19.05.-25.05.	Zollner	Schneider	Huber	
26.05.-01.06. Chr. Himmelfahrt	Huber	Zollner	Schneider	
02.06.-08.06.	Schneider	Huber	Zollner	
09.06.-15.06. Pfingstmontag	Huber	Kirschstein	Schneider	Zollner
16.06.-22.06. Fronleichnam	Huber	Schneider	Zollner	
23.06.-29.06.	Zollner	Huber	Schneider	
30.06.-06.07.	Schneider	Zollner	Huber	
07.07.-13.07.	Schneider	Kirschstein	Huber	Zollner
14.07.-20.07.	Huber	Zollner	Kirschstein	Schneider
21.07.-27.07.	Zollner	Huber	Schneider	Kirschstein
28.07.-03.08.	Kirschstein	Schneider	Zollner	Huber
04.08.-10.08.	Schneider	Kirschstein	Huber	Zollner
11.08.-17.08. 15.8.=Fr	Kirschstein	Zollner	Huber	Schneider
18.08.-24.08.	Zollner	Huber	Kirschstein	Schneider
25.08.-31.08.	Huber	Zollner	Kirschstein	Schneider
01.09.-07.09.	Zollner	Schneider	Kirschstein	Huber
08.09.-14.09.	Schneider	Zollner	Huber	Kirschstein
15.09.-21.09.	Huber	Kirschstein	Zollner	Schneider
22.09.-28.09.	Kirschstein	Huber	Schneider	Zollner
29.09.-05.10. 3.10.=Fr	Huber	Schneider	Kirschstein	Zollner
06.10.-12.10.	Zollner	Kirschstein	Huber	Schneider
13.10.-19.10.	Huber	Zollner	Schneider	Kirschstein
20.10.-26.10.	Kirschstein	Huber	Schneider	Zollner
27.10.-02.11. (1.11.=Sa)	Schneider	Kirschstein	Zollner	Huber
03.11.-09.11.	Kirschstein	Huber	Schneider	Zollner
10.11.-16.11.	Zollner	Schneider	Kirschstein	Huber
17.11.-23.11.	Huber	Zollner	Schneider	Kirschstein
24.11.-30.11.	Schneider	Huber	Kirschstein	Zollner
01.12.-07.12.	Huber	Schneider	Zollner	Kirschstein
08.12.-14.12.	Kirschstein	Zollner	Schneider	Huber
15.12.-21.12.	Schneider	Huber	Kirschstein	Zollner
22.12.-28.12. 24.-26.12.=Mi-Fr	Zollner	Kirschstein	Schneider	Huber
29.12.-31.12. (31.12.=Mi)	Zollner	Kirschstein	Huber	Schneider